



Egon Bahr

Der Weg zur Entspannungspolitik



Reihe
**Gesprächskreis
Geschichte**
Heft 72

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 72

Egon Bahr

Der Weg zur Entspannungspolitik

Vortrag anlässlich einer Veranstaltung
in Bonn am 5. Dezember 2006

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
(Tel. 0228 - 883-473)

E-mail: Doris.Fassbender@fes.de
<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2007

ISBN 978-3-89892-741-3
ISSN 0941-6862

Dr. Roland Schmidt:

Lieber Egon Bahr, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

im Namen des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung begrüße ich Sie herzlich zu unserer heutigen Gesprächskreisveranstaltung über den Weg zur Entspannungspolitik. Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Besonders freue ich mich natürlich auch über die vielen jungen Gesichter, die ich dahinten sehe.

Am 1. Dezember 1966, also vor fast genau 40 Jahren, begann mit der mühsamen Kanzlerwahl Kiesingers die erste Große Koalition, in der die Sozialdemokratie zum ersten Mal auf Bundesebene ihre Regierungsfähigkeit demonstrieren konnte. Dies galt auch für die Außen- und Deutschlandpolitik, wengleich der Kanzler seinem Außenminister Willy Brandt bei der Umsetzung seiner bereits in Ansätzen in Berlin erprobten neuen Ostpolitik beharrlich Grenzen setzte. Die die Selbstblockade der bundesrepublikanischen Politik auflösende Friedens- und Entspannungspolitik konnte sich daher erst wirklich entfalten, als die SPD seit 1969 in der sozial-liberalen Koalition der Seniorpartner wurde. Ihre Grundelemente wurden allen vorherigen Befürchtungen zum Trotz dann auch nach der Regierungswende von 1982 von der christlich-liberalen Koalition fortgesetzt - bis hin zur Erringung der Deutschen Einheit.

Es freut mich, dass ich heute als unseren Referenten ein langjähriges Vorstandsmitglied unserer Stiftung begrüßen kann, der als Freund und Berater Willy Brandts mit Recht als Architekt der neuen Ostpolitik gilt, Professor Egon Bahr.

Vielen Dank, lieber Egon, dass Du heute zu uns sprechen wirst, um uns den weiten Weg von der begrenzten Souveränität eines deutschen Teilstaates zur vollen Selbstbestimmung des geeinten Deutschlands aufzuweisen und Grundelemente dieses Prozesses zu analysieren.

Egon Bahr:

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, viele bekannte Gesichter und Freunde zu sehen und will nicht etwa zu tief in die Vergangenheit gehen, sondern das nur benutzen, um darzutun, wieweit sich das, was damals geschehen ist, auf die heutige Situation auswirkt und was sich daraus für die heutigen Probleme ergibt.

Im Grunde kann man sagen, und das ist der einzige Punkt, wo ich Dir, lieber Roland, widersprechen muss, ganz ungerne natürlich, wir haben in Berlin nicht die neue Ostpolitik erprobt. Wir hatten gar keine Ahnung von dem, was mal „Neue Ostpolitik“ werden würde, sondern wir haben angefangen umzudenken in Berlin, nach dem Bau der Mauer. Und zwar einfach deshalb, weil wir von dem damaligen amerikanischen Präsidenten hart auf den Boden der Tatsachen gestoßen wurden mit seinem Brief an den Regierenden Bürgermeister Brandt, in dem im Prinzip drin stand:

„Diese Mauer bekommt keiner mehr weg, es sei denn durch Krieg. Und Krieg will niemand, Sie, Brandt, ja auch nicht.“ Das heißt, wir hatten zur Kenntnis zu nehmen: Es gibt von allen vier Mächten eine Politik des Status quo, weil weder Berlin noch Deutschland einen dritten Weltkrieg Wert war. Und wir waren damit zurückgeworfen, wenn man so will, auf die Frage: Was macht man nun am schwächsten Teil des Westens? Denn Berlin war der schwächste Teil des Westens, strategisch, militärisch, politisch auch, bei einem umstrittenen Status. „Was ist dieser Viermächte-Status eigentlich?“ Wir mussten anfangen, nun selbst nachzudenken, das heißt unsere Interessen zu formulieren. Diese Interessen waren im Prinzip ganz einfach: Wir wollten wenig-

stens, wenn niemand die Mauer weg bringt, sie durchlässig machen für ein paar Stunden, um vielleicht ein paar Menschen wieder auf die andere Seite zu bringen, damit sie sich mit ihren Angehörigen sehen und treffen konnten. Das ging aber nur, indem man mit der anderen Seite verhandelte, von der man etwas wollte. Dies war ein Tabubruch, „Mit Gefängniswärtern verhandelt man nicht“, war die Gegenposition. „Die Wunde muss offen bleiben!“ hat damals der Vorsitzende der CDU in Berlin gesagt. Das heißt, am Anfang dessen stand eine lokale oder kommunale Notsituation, und der Versuch, dem gerecht zu werden durch das, was man dann „Passierscheine“ nannte. Das war, wenn Sie so wollen, ein Beginn, dessen Konsequenzen und Ausformungen uns in Berlin jedenfalls noch gar nicht klar waren.

Dann kam „Wandel durch Annäherung“. Das war auch noch nichts, jedenfalls noch kein Konzept, sondern das war die methodische Summierung dessen, dass man sich der anderen Seite zuwenden musste, wenn man etwas von ihr wollte – und wir wollten etwas von denen! Ein Konzept ist daraus erst geworden im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, also von 1966 bis 1969, wo nun unter dem Gesichtspunkt „Wenn die Deutschen anfangen, ihre Interessen zu formulieren, auf der wirklich bestehenden, realen Lage, das heißt unterhalb der Viermächte-Rechte, die unkündbar waren und für Deutschland als ganzes und Berlin galten, was kommt daraus heraus? Was kann man da tun?“ Die Mitarbeiter im Planungsstab sagten: „Wir sind gar nicht kompetent dazu, denn in allen ganz Deutschland und Berlin betreffenden Fragen gibt es keine deutschen Rechte.“ Es gibt Interessen, aber ... na gut, dann lasst uns so tun, als seien wir auf der grünen Wiese und könnten uns ausdenken, was wir wollen, unabhängig von allen schönen großen Redensarten und Schlagworten, die es gibt; in Respekt vor den Rechten der vier Mächte. Dabei kam dann das heraus, was später Ostpolitik genannt wurde. Genauer gesagt, es

kamen zwei Papiere heraus. Das eine Papier war die Planierung der bilateralen Verhältnisse zwischen uns und den osteuropäischen Staaten, vor allen Dingen der Sowjetunion.

Darauf basierend sollte dann das zweite Papier in Kraft treten, nämlich die Erkenntnis – schon damals -, dass die Sicherheitsfrage die Kernfrage zur Lösung der deutschen Angelegenheiten ist. Einfach deshalb, weil natürlich keine der vier Mächte und keine unserer Nachbarn Deutschland in die Freiheit seiner Einheit entlassen würden, ohne zu wissen: Wie ist eigentlich Deutschland sicherheitspolitisch eingebunden? Wir werden doch nicht riskieren als vier Mächte, dass dieses Deutschland vereint wird, damit es hinterher territoriale Forderungen erhebt. Das heißt, es war klar, Deutschlands Einheit würde zur Voraussetzung haben, sich zu beschränken auf das Zusammenbringen der beiden deutschen Staaten. Konsequenz daraus war: Die Oder-Neiße-Linie musste anerkannt werden. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie war der erste Schritt zur deutschen Einheit. Das war damals nicht so im Gespräch.

Wenn wir zurückblicken, kann man sagen, dass der erste Teil dieser Arbeit im Planungsstab erfüllt worden ist, das waren die bilateralen Verträge. Sie mündeten dann nach den bilateralen Verträgen in die multilaterale Vereinbarung von Helsinki. Das, was wir in der Substanz mit Moskau als erstem vereinbart hatten, wurde also dann eine europäische Grundlage. Ich komme gleich darauf noch mal zurück, denn es kam dann bekanntlich eine große Pause. Im wirklichen operativen Ablauf der deutschen Einheit ist dann leider mit großer Verspätung die Sicherheitsfrage die entscheidende gewesen. Die Sicherheitsfrage ist dann auch in der Tat zwischen den beiden entscheidenden, mächtigsten Männern geregelt worden, nämlich zwischen dem amerikanischen Präsidenten Bush und dem sowjetischen Präsidenten Gor-

batschow. Grundlage war dafür die Position oder der Vorschlag oder die Erklärung von Bush, „Wenn wir die Einheit schon nicht verhindern können, und sie wird ja kommen, dann werdet ihr, die Sowjetunion, eure Truppen, aus Deutschland abziehen. Wenn ihr die Truppen abzieht aus Deutschland, seid ihr zu schwach, Deutschland zu kontrollieren! Dieses können nur wir, die Vereinigten Staaten, mit dem Instrument der NATO.“ Gorbatschow entgegnete darauf: „Ihr dürft uns aber nicht auf den Pelz rücken!“ Bush akzeptierte das und setzte seinem Angebot hinzu: „Aber wir werden keine Atomwaffen und keine fremden Truppen, auch keine amerikanischen, auf dem Boden der DDR stationieren.“ Das war die Basis der Vereinbarung zwischen den beiden, die die Macht hatten. Dieser Zustand ist der Zustand bis heute. Wir haben bis heute einen unterschiedlichen Sicherheitsstatus – wenn man so will. In Ostdeutschland gibt es nach wie vor weder Atomwaffen noch fremde Truppen. Aber diese Unterschiedlichkeit tut überhaupt nicht weh. Die Vereinbarung dieser beiden ist gemacht worden ohne Mitterrand, ohne Maggie Thatcher, ohne Kohl und natürlich auch ohne Honecker. Das wurde dann den anderen Beteiligten mitgeteilt. Aber diese sicherheitspolitische Entscheidung war die Voraussetzung für die Deutsche Einheit, sonst hätte es sie nicht gegeben.

Vorausgegangen war in der ersten Phase der Ostpolitik natürlich an allem Anfang die Notwendigkeit, Amerika zu informieren und von Amerika Rückendeckung zu bekommen. Das geschah durch eine Reise, die ich nach Washington gemacht habe, noch bevor die Regierungserklärung überhaupt verkündet wurde, um Henry Kissinger zu informieren. Dies erwies sich als sehr schwer. Ich konnte das auch verstehen. Erstens war er misstrauisch. Was kann man schon davon halten, wenn die Deutschen schon wieder anfangen, mit den Russen zu reden. Daraus kann nur etwas Böses kommen. Zweitens: Haben Sie das bedacht, haben Sie jenes

bedacht? Also, er hat mir viele Löcher in den Bauch gefragt, bis ich ihm gesagt habe: „Henry, ich bin nicht gekommen, um zu konsultieren. Ich bin gekommen, um zu informieren.“ Ich muss den Amerikanern hoch anrechnen, und tue das bis heute, dass sie uns nicht gehindert haben. Sie hätten es verhindern können, alles das, was dann kam. Warum haben sie es nicht verhindert? Sie haben gedacht, dass das Risiko tragbar sei, denn wir, die Amerikaner, haben die power. Die Sowjets wissen, dass wir die power haben. Also was kann da für ein Risiko sein. Die Deutschen werden sich höchstens eine blutige Nase holen, denn was ist das eigentlich für ein Unsinn – Gewaltverzicht? Gewaltverzicht zwischen der kleinen, schwachen Bundesrepublik und der großen und mächtigen Sowjetunion? Wenige haben daran geglaubt, dass das funktionieren könnte. Es hat aber funktioniert.

Ich bin nach Bonn zurückgekommen erstens mit der Vereinbarung zwischen Kissinger und mir, dass wir einen „back channel“ einrichten, also einen verdeckten Kanal, der trotzdem offiziös ist, aber nicht offiziell und zur Vertrauensbildung dient. Er hat mich unterrichtet von seinem back channel nach Moskau, und Brandt hatte ein bisschen später, nachdem er Kanzler war, einen Brief an seinen sowjetischen Kollegen Kossygin geschickt, um ihm anzutragen oder zu fragen, ob er bereit sei, zu einem informellen Meinungsaustausch. Das ist dann positiv beschieden worden durch den Besuch eines Journalisten, der wirklich ein Journalist war, aber außerdem noch diese Art von Mission hatte und schon mit Adjubei hier in Bonn gewesen war. Wir haben also im Verein dieses Dreiecks uns unterrichtet gehalten über die Existenz und über die wichtigsten Inhalte des Meinungsaustauschs. Das erwies sich als überaus nützlich.

Ich will nur einfügen, ich bin fest davon überzeugt, dass es solche back channels auch heute noch gibt. Es wäre schlimm,

wenn es sie nicht gäbe. Ich will einfügen, dass, als Helmut Schmidt Kanzler wurde und ich zunächst aus dem Kabinett ausgeschieden bin und dann als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Nachfolge von Erhard Eppler ins Kabinett Schmidt ging, dass Schmidt mich gebeten hat, diese Sache, also den back channel zum Kreml, auch für ihn zu machen. Als er ausschied und Kohl Kanzler wurde, habe ich Kohl gesagt: „Sie sind nun Bundeskanzler. Sie müssen wissen, dass es eine solche Verbindung gibt. Sie müssen entscheiden, ob Sie dies im Prinzip wollen oder nicht wollen.“ Kohl hat gesagt: „Ich glaube, ich mache das. Man kann ja nicht wissen, was noch passiert. Aber lassen Sie mich noch eine Nacht überlegen. Ich rufe Sie morgen an.“ Das hat er dann auch gemacht und hat gesagt: „Regeln Sie alle Einzelheiten mit Herrn Teltschik“ Das heißt, wir haben in aller Form diesen Kanal übergeben an die neue Bundesregierung. Die hat sie natürlich auch benutzt. Ich habe damals Willy Brandt gesagt nach dieser Entscheidung des neuen Kanzlers, die er getroffen hat, noch bevor er mit seinen neuen Koalitionspartnern sich über die Außenpolitik unterhalten und verständigt hatte – also feige war der nicht: „Unsere Ostpolitik oder Entspannungspolitik ist in guten Händen.“

Interessant war, dass wir in dem Augenblick, als es um das Viermächte-Abkommen für Berlin ging, auch dieses Viermächte-Abkommen in dieser Dreierkombination verhandelt haben, und zwar zwischen dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Dean Rush, dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Valentin Falin, und mir. Alle drei waren an die Regierungschefs gebunden, direkt, unter Ausklammerung der Engländer und Franzosen und der DDR. Aber anders wäre es auch nicht gegangen. Mit dem Ergebnis, dass am Ende ein Vertrag stand, in dem zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte die vier Mächte nicht mehr allein über Deutschland bestimmen konnten in einer wichtigen Frage, näm-

lich Berlin, sondern die Zustimmung und die Mitwirkung der beiden deutschen Regierungen brauchten. Das war das Modell vier-plus-zwei, aus dem dann fast genau 17 Jahre später das Modell zwei-plus-vier wurde, das heißt, die Konstruktion, in der man die Einheit dann machte.

Wir haben im Übrigen natürlich sowohl in den Verhandlungen mit Ostberlin wie in den Verhandlungen mit Moskau immer gedacht: „Demokraten sind das nicht“. Ich sage das deshalb, weil ich manchmal ein bisschen erstaunt bin, wenn ich heute in der Zeitung lese, dass Hamas und Hizbollah doch keine Demokraten sind und in Syrien auch keine Demokraten sind. Wenn man warten will, bis man überall Demokraten hat, um zu verhandeln, dann wird man noch eine ganze Weile warten müssen. Das heißt, auch die Schlussakte von Helsinki von 1975 war im Grunde ein Wunder in mehrfachem Sinne. Erstens, sie war kein Vertrag. Sie ist nicht ratifiziert worden. Die Teilnehmer an der Schlussakte von Helsinki waren ja nur bedingt Demokraten, jedenfalls nicht volle. Wir natürlich, aber die DDR nicht, die Sowjetunion nicht, Polen nicht, Ungarn nicht. Die Einzigen, die noch Demokraten waren, aber nicht teilnehmen wollten, waren die CDU und Albanien. Das waren die beiden einzigen, die sich verweigert haben, aber ansonsten war das eben gemischt, denn Sicherheit kann man nur organisieren und machen, wenn die Regeln dieser Sicherheit für alle gelten. Ob sie Demokraten sind oder nicht, ist in diesem Falle nicht entscheidend.

Das zweite Wunder von Helsinki war, dass die Formel des Moskauer Vertrages, die wir gefunden hatten, nämlich für den Gewaltverzicht, wörtlich in die Schlussakte von Helsinki übernommen wurde. Sie wurde auch übernommen 15 Jahre später in die Charta von Paris. Das heißt, alle Grenzen, egal wann sie, durch wen sie gezogen worden sind, rangieren unter dem ver-

bindlichen Gewaltverzicht und können nur geändert werden im gegenseitigen Einvernehmen. Im gegenseitigen Einvernehmen können sie geändert werden. Das ist der Kern des Gewaltverzichts.

Das ist, wenn Sie so wollen, das Grundgesetz der europäischen Stabilität. Auf diese Weise konnte man natürlich die deutsche Einheit machen. Auf diese Weise konnten Tschechen und Slowaken sich friedlich im Einvernehmen trennen, um eine neue Welt zu schaffen. Das geht natürlich umgekehrt auch. Was dabei herauskommt, wenn man dieses Grundgesetz der Stabilität nicht achtet, kann man im ehemaligen Jugoslawien sehen. Dort sind vorläufige Grenzen willkürlich ohne die Beteiligten gezogen worden durch einen Spruch, der in Dayton vereinbart worden ist. Wir haben heute noch keine international allgemein anerkannten und garantierten Grenzen. Was mit dem Kosovo wird, wissen wir noch nicht genau. Dabei ist der Westen gerade dabei, ein bisschen seine alte Position zu verändern, um die Selbstbestimmung der Kosovaren oder der Albaner stärker zu beachten, als das ursprünglich beachtet war. Aber es ist auch völlig klar, wenn ich hier Fabrikant oder Industrieller wäre, ich würde doch nicht investieren in ein Gebiet, wo die Grenzen unsicher sind. Aber das ist eine andere Frage. Ich sage nur, von allem, was mit der Ostpolitik zu tun gehabt hatte, ist das Prinzip des Gewaltverzichts nach wie vor ein Prinzip, über das nachzudenken sich lohnt. Wenn wir ein Gewaltverzichtsabkommen uns vorstellen könnten im Nahen oder im Mittleren Osten, garantiert durch den Rest der Welt, und jeder kriegt eins auf den Kopf, der es missachtet, dann würden wir natürlich die unterschiedlichen ethnischen, religiösen, nationalen Aspirationen, Minderheitenfragen etc. pp. nicht lösen, aber wenn es gewaltfrei passieren könnte, wäre schon sehr viel gewonnen.

Ich will nur nebenbei noch nachtragen: Natürlich haben wir den Brief zur deutschen Einheit in Moskau durchgesetzt und dann auch in Ostberlin übergeben können als Zeichen unseres Anspruches, dass Gewaltverzichtsverträge nicht den friedlichen Anspruch der Deutschen zur Erlangung ihres Selbstbestimmungsrechts aushebeln. Die haben den entgegengenommen, haben ihn sogar in ihr Ratifizierungsverfahren eingeführt, und wir konnten erleben, aber das ist eine ganz andere Frage, dass dieses Recht, zu dem das deutsche Volk aufgefordert war, in freier Selbstbestimmung die Einheit zu vollenden, umgesetzt worden ist am 9. November durch die Menschen im Osten, die auf die Mauer geklettert sind. Um ehrlich zu sein, muss man doch zugeben, dass der Drang der Westdeutschen auf die Einheit 1989 nicht größer gewesen ist als 1979 oder 1969 oder 1959, auch nicht größer als 1949. Die Ostdeutschen haben das gemacht, mit begrenztem Risiko, aber immer noch mit Risiko. Aber gut, das führt vom Thema ab.

Ich möchte deutlich machen, dass wir mit dem 15. März 1991, als der Friedensvertrag in Kraft trat, der aus gutem Grunde Zwei-plus-vier-Abkommen genannt worden ist, die Souveränität in toto wiederbekommen haben, die das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 verloren hat. Das ist ein Punkt, über den wir uns noch immer im allgemeinen Bewusstsein der Bevölkerung nicht im Klaren sind. Der frühere Bundespräsident von Weizsäcker hat einmal formuliert: „Deutschland ist von der Machtversessenheit des Dritten Reiches in die Machtvergessenheit der alten Bundesrepublik gegangen.“ Das hatte insofern etwas Richtiges, als wir uns in den Jahren seit 1949 so daran gewöhnt hatten, dass die großen Fragen von den Großen entschieden wurden, dass wir den Mangel schon gar nicht mehr gespürt haben, zumal es uns doch sehr gut ging. Wir haben doch unter diesem Mangel an Souveränität nicht gelitten, sondern wir hatten einen Außenminister, der hat

gesagt: „Wenn es um die Frage geht, ob wir uns für die französische Position oder für die amerikanische Position entscheiden sollen, dann bin ich souverän genug zu sagen, ich entscheide mich nicht.“ Das war sogar ein Ausdruck von Staatsklugheit, konnte man argumentieren. Aber nun sind wir in einer Lage, in der wir uns nicht mehr hinter dem Rücken Großer oder Halbgroßer verstecken können, sondern wir sind letztverantwortlich für das, was wir tun oder unterlassen – im positiven wie im negativen Falle. Man kann schuldig werden, indem man Fehler macht. Man kann schuldig werden, in dem man überhaupt nichts macht. Deutschland ist eine Mittelmacht im Zentrum Europas, die ein besonderes Gewicht hat. Und zwar einmal durch die Stärke seiner Wirtschaft, zweitens durch seine geographische Lage. Nebenbei gesagt, Deutschland war vereint noch nie so klein, aber das spielt keine Rolle.

Wir sind ein normaler Staat geworden. Als Schröder das zum ersten Mal gesagt hat, nachdem er Bundeskanzler war, hat er eine ganze Menge Gegenwind bekommen. Aber um alles in der Welt, warum denn nicht? Wir sind ein normaler Staat. Sollen wir ein unnormaler Staat bleiben? Man kann sagen, dass Deutschland in seiner Normalität anders ist als die anderen, weil wir 80 Millionen sind, weil wir sehr stark sind, weil wir eine starke Wirtschaft haben. Man kann hinzufügen, weil wir eine Vergangenheit haben, die andere nicht haben. Die werden wir auch nicht mehr los. Ich kann vor der Vergangenheit nicht weglaufen. Ich kann sie nicht verändern. Ich werde auch in 500 Jahren noch damit zu tun haben, dass die Einmaligkeit von Auschwitz, die industrialisierte Menschenvernichtung, mit dem deutschen Namen verbunden ist. Aber ich kann doch den Verbrechern von damals nicht nachträglich noch eine Art von Mitbestimmungsrecht zubilligen, indem ich sage, „Wegen Auschwitz darf ich die Entscheidungen, die heute zu fällen sind, nicht fällen, ohne dass ich nach Auschwitz

gucke und frage: „Dürfen wir das überhaupt?“. Brandt hat die richtige Antwort darauf in der Formulierung gegeben: „Die Vergangenheit darf die Zukunft nicht belasten.“ Das ist ein Stück Souveränität. Das Bewusstsein dafür ist nur begrenzt ausgebildet.

Jetzt komme ich von einer ganz anderen Seite zur heutigen Situation, nämlich von den Amerikanern her. Die Amerikaner haben, wie fast immer, als erste realisiert, was nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sich geändert hatte, nämlich sie sind die einzige Supermacht geblieben. Eine derartige Supermacht, im wahrsten Sinne des Wortes global, hatte es auf der Welt noch nie gegeben. Das waren alles regionale Großmächte. Die Amerikaner haben eine Kommission für die nationalen Interessen Amerikas gebildet, die hochrangig besetzt war aus Männern und Frauen, die in beiden Administrationen gedient hatten und die bereits 1994 ihren Bericht abgeliefert hatten für den nächsten Präsidenten, indem sie gesagt haben: „Unsere Interessen sind 1. Wir wollen die einzige Supermacht bleiben.“ Völlig in Ordnung, was denn sonst? „2. Dafür müssen wir militärisch uneinholbar werden. 3. Bündnisse sind auch gut, aber wir müssen auch allein, ohne Bündnisse, stark genug sein, um jedem anderen überlegen zu sein, auch jeder anderen Gruppe von Staaten. 4. Gegen Demokratie kann man nichts sagen, aber Demokratie kann nicht allein ausschlaggebend sein für unsere Politik, mit unseren Partnern. China ist ja keine Demokratie geworden, Saudi-Arabien auch nicht. 5. Menschenrechte sind auch ganz gut.“ Niemand kann sagen, dass diese kühle Analyse der amerikanischen Interessen in irgendeiner Form Heuchelei gewesen sei. Alle Präsidenten seither haben sich daran gehalten. Alle Präsidenten haben die Macht der Vereinigten Staaten vergrößert, was auch selbstverständlich ist als Bestreben. Wir haben heute den ersten und bisher einzigen Präsidenten, der aus dieser Reihe heraus fällt, indem er eine Doktrin verkündet hat, durch die Amerika sich als einziges Land das

Recht nimmt, wenn seine Interessen es geraten erscheinen lassen, Krieg zu führen, auch Präventivkrieg zu führen, auch ohne Vereinte Nationen. Es ist sozusagen mehr als die Supermacht.

Dazu kam, dass Amerika im Rahmen seiner Entscheidungsfreiheit eben nicht etwa gesagt hat, 1991 am Ende der Sowjetunion: „Wir sind überlegen. Wir sind militärisch natürlich überlegen. Es genügt uns, wenn wir diese Überlegenheit erhalten. Ansonsten können wir jetzt zur Abrüstung oder zur Rüstungskontrolle schreiten.“ Die Amerikaner haben ohne Herausforderung, ohne bedroht zu sein, eine gigantische Aufrüstung begonnen mit dem Ziel, alle anderen abzuhalten, überhaupt das Rennen auch nur zu starten. Die Auswirkungen dieses von Amerika begonnenen gewaltigen Aufrüstungsprogramms sehen wir jetzt im Rest der Welt. Denn selbstverständlich hat das andere Rüstungsschrauben in Gang gesetzt, in China, in Indien, in Japan, und sogar Auswirkungen auf Europa gehabt. Man hält für natürlich, dass die Amerikaner gesagt haben: „Ihr müsst da mitmachen. Ihr müsst auch neue Waffen anschaffen. Wir sind zwar nicht auf euch angewiesen, aber wir wollen doch, dass europäische Verbände kompatibel an der Seite amerikanischer modernisierter Verbände eingesetzt werden können.“ In Konsequenz dieses Denkens fanden die letzten NATO-Konferenzen statt. Das heißt, die Amerikaner haben dann noch einmal einen gewaltigen Sprung gemacht, als sie im Sommer 2001 den Gipfel dieses Programms erweitert haben, indem sie sich gigantische Ziele gesetzt haben. Als wir dieses Programm zum ersten Mal hörten, das war im Juni 2001, haben wir es nicht geglaubt und nicht für möglich gehalten. Wir haben es eigentlich nicht ernst genommen, was ein Fehler war, weil sie auf allen Gebieten modernste Entwicklungen angestoßen haben (Landkriegführung, Luftkrieg, Seekrieg, Weltraum, einschließlich neuer Atomwaffen) und dann erlebt haben, dass drei oder vier Monate später der berühmte 11. September kam.

Unter dem Eindruck dieses schrecklichen Schlages entstaatlichter Gewalt gegen das mächtigste Land der Welt ist dieses gigantische Aufrüstungsprogramm fast ohne Diskussion im Senat und im Kongress akzeptiert und in Kraft gesetzt worden. Was übrigens ein Kennzeichen einer Großmacht ist, dass sie wirklich die Gelegenheiten auch nutzt. Und dagegen ist ja auch nichts zu sagen. Das Programm hat den 11. September nicht herbeigeführt. Aber jedenfalls genutzt worden ist es. Und das ist psychologisch auch zu erklären unter dem Gesichtspunkt der schrecklichen Verletzung, die Amerika empfunden hat Sie haben eben mit dem reagiert, wovon sie am meisten haben, nämlich Waffen. Die Amerikaner sind meines Erachtens der erklärbaren Versuchung zum Opfer gefallen, die Hypertrophie des Militärischen könnte so stark sein, dass sie alles machen können. Das hat dazu geführt, dass sie auch – ich beziehe mich noch einmal auf dieses fabelhafte Programm der Definition der nationalen amerikanischen Interessen – selbstverständlich auch die NATO missachtet haben.

Die NATO hat sich doch solidarisch erklärt nach dem 11. September. Aber die Amerikaner haben gesagt, „Das ist nett. Wir brauchen euch aber nicht. Wir machen das alleine.“ Rumsfeld hat gesagt: „Wir brauchen nicht das Bündnis. Wir suchen eine Koalition der Willigen.“ Und nun waren nicht alle willig. So kam es dann zu dieser fabelhaften, Europa spaltenden Definition zwischen den alten und den neuen Europäern, wobei die neuen Europäer diejenigen gewesen sind, die im Prinzip willig waren. Dazu gehörte nicht Deutschland. Dazu gehörte nicht Frankreich. Als Putin sicher war, dass Chirac und Schröder stehen, war er dann auch auf dieser Seite gegen den Krieg der Amerikaner im Irak, der ein völkerrechtswidriger Krieg war, weil ohne Mandat der Vereinten Nationen. Er hat leider, nach einem brillanten militärischen Feldzug, politisch zu dem Debakel geführt hat, mit dem wir heute konfrontiert sind und aus dem niemand einen Ausweg

kennt. Wobei sich inzwischen die Lage so geändert hat, dass alle daran interessiert sein müssen, wenn es denn geht, den Amerikanern mit einem Minimum an Gesichtsverlust aus dieser Situation herauszuhelfen. Ich habe noch keinen amerikanischen Präsidenten erinnert oder über ihn gelesen, der seinem Land so geschadet hat wie der gegenwärtige. Man kann ja nicht glücklich darüber sein, aber was Amerika an Ansehen verloren hat, wird es im Wesentlichen selbst reparieren müssen. Das wird eine ganze Weile dauern.

Ich will das jetzt nicht im Einzelnen auseinander nehmen mit den alten und den neuen Europäern, sondern einen Blick auf Konsequenzen werfen, weil damit natürlich auch eine Grundentscheidung der amerikanischen Außen- oder geostrategischen Politik auf dem Spiel steht. Vietnam ist ein verlorener Krieg gewesen, aber hat geostrategisch wenig bewirkt. Der Krieg gegen Irak ist das Ergebnis der amerikanischen Entscheidung gewesen. Übrigens einer weitgehend von beiden Parteien, Republikanern wie Demokraten, getroffenen Entscheidung, im Irak, im Zentrum des Mittleren Ostens eine Demokratie einzuführen und diese Region westlich demokratisch bestimmt zu machen. Nicht zuletzt auch wegen der geostrategischen Lage und mit Rohstoffen, Öl, Gas, zusammenhängenden Fragen. Der Verlust Iraks würde sehr viel schwerer wiegen als der Verlust Vietnams je wiegen konnte. Und ob der Verlust Iraks zu verhindern ist, kann man bezweifeln. Aber das werden wir ja in überschaubarer Zeit sehen.

Zu diesen Linien muss man eine dritte hinzufügen. Bundeskanzler Schröder hat in seiner ersten Regierungserklärung etwas formuliert, was sein Vorgänger nie in den Mund genommen hat, nämlich er hat von der Multipolarität gesprochen und sich zur Multipolarität bekannt, die an die Stelle der Bipolarität zwischen Washington und Moskau getreten ist. In der Zwischenzeit ist klar,

dass das Bild der Multipolarität stimmt. Es gibt einen Pol in Peking. Das ist ein globaler Pol der Macht. Es gibt einen in New Delhi, von dem wir noch nicht genau wissen, ob er in überschaubarer Zeit gewichtiger sein wird als der in Peking. Es gibt einen Pol in Moskau, weil Moskau nach wie vor bei allen Schwächen, über die wir reden können, das einzige Land ist, das über einsatzfähige Interkontinentalwaffen mit Atomsprengköpfen verfügt, die Amerika erreichen können - der einzige Punkt, in dem Moskau heute auf Augenhöhe mit Amerika existiert, auf allen anderen Gebieten sind die Russen schwach. Ich brauche nicht zu sagen, dass es den Pol Washington gibt. Ob es einen Pol in Europa gibt, ist im Augenblick völlig offen.

Wir befinden uns am Vorabend des Halbjahres, in dem Deutschland den Vorsitz im Europäischen Rat und gleichzeitig bei den G8 hat. Es ist selbstverständlich, dass wir daran interessiert sind, dass Europa ein Pol wird. Wir haben noch während des Kalten Krieges den Wunsch nach Selbstbestimmung Europas formuliert. Die Selbstbestimmung Europas war damals natürlich nur wirtschaftlich gedacht, denn sicherheitspolitisch waren wir abhängig von Amerika. Ohne die Sicherheitsgarantieren Amerikas hätten wir nicht überlebt. Wenn es also ohne Risiko gewesen wäre, hätte die DDR Westberlin eingesteckt. Seitdem aber die Sowjetunion nicht mehr existiert, seitdem es eine militärische Bedrohung aus dem Osten nicht mehr gibt, kann Europa nun auch sicherheitspolitisch seine Selbstbestimmung anstreben. Das exakt ist in dem Papier, das man fälschlicherweise Verfassung genannt hat, auch formuliert. Es ist aus ganz anderen Gründen nicht akzeptiert worden, aber selbstverständlich gibt es keine Verfassung. Die Europäisierung Europas, wie sie einmal genannt worden ist, kann jetzt vollendet werden. Nachdem die Staaten in Osteuropa dazu kommen können bzw. dazu gekommen sind, nachdem es die Bedrohung aus dem Osten militärisch nicht mehr

gibt, kann per definitionem die Selbstbestimmung Europas nur gegenüber Amerika vollendet werden. Das heißt, eine Emanzipation Europas ist – wenn es selbst bestimmt werden kann – nur gegenüber Amerika zu erreichen. Wir haben das einmal probiert, als wir gesagt haben: Wir werden uns nicht am Irak-Krieg beteiligen. Das war echte Selbstbestimmung.

Und wir haben den Rahmen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erprobt und festgestellt, im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien; damals war das noch eine ganz neue rot-grüne Regierung, aber sie war noch grün. Sie hat diesen Krieg von Kohl geerbt im Hineinschliddern. Das will ich jetzt nicht im Einzelnen aufblättern, aber wir sind dann unter Druck geraten, sowohl von London wie von Washington, deutsche Bodentruppen einzusetzen gegen Belgrad. Bundeskanzler Schröder hat in einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten klar gemacht: „Es wird unter keinen Umständen deutsche Bodentruppen gegen Belgrad geben!“ Innerhalb von 24 Stunden war die Druckkulisse weg. Das heißt, in einer Dimension in Europa, in der die Deutschen unentbehrlich sind, in diesem Falle auch, was Truppen angeht, kann Deutschland durch ein „Nein“ fast vetoähnlich vitale Interessen durchsetzen.

Die andere Seite der Sache ist: Die Bundesregierung war damals die einzige, die gewagt hat, einen Fünf-Punkte-Plan vorzulegen. Durch diesen Fünf-Punkte-Plan sind die Russen wieder ins Boot geholt worden. Er hat die Akzeptanz der Chinesen bekommen. Er hat dafür ein Mandat der Vereinten Nationen bekommen, und er hat die Zustimmung der Amerikaner gefunden, nämlich zu Verhandlungen mit Herrn Milošević, um den Krieg zu beenden. So ist es geschehen. So ist die Situation bis heute. Wir haben keinen Krieg mehr, aber einen Wartezustand. Das heißt auf der anderen Seite, wenn Deutschland eine gute Idee hat

und wenn es dafür genügend Unterstützung und Partner findet, dann kann es sogar führen. Wir haben uns ja damals nicht gerühmt. Das heißt, das ist der Rahmen, in dem sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bewegen kann. Wenn wir eine gute Idee haben und genügend Unterstützung, kann es funktionieren, muss aber nicht. Wenn es um Europa geht und gegen unsere vitalen Interessen läuft, können wir „Nein“ sagen und es dann durchsetzen. Das ist der Rahmen. Ich finde, der Rahmen reicht aus. Er ist hinreißend. Er bedeutet praktisch: Vor Deutschland braucht man keine Angst zu haben. Die Welt kann sich darauf verlassen, dass wir nichts vorschlagen werden, wenn andere „Nein“ sagen bzw. es ablehnen und es auch nicht auf eigene Faust durchführen wollen oder können. Das heißt, die Bundesrepublik ist in einer Lage, in der sie ihre Interessen verfolgen kann. Dazu muss man sie definieren. Das definierte deutsche Interesse heißt, dazu beizutragen, dass Stabilität erhalten bleibt. Das heißt, dass der faktische Zustand, dass die Staaten der Europäischen Union Krieg gegen einander nicht führen und nicht führen können, gesichert wird, dass diese Zone der Stabilität ausgedehnt wird über die EU hinaus. Damit kommen wir dann unweigerlich auf Russland.

Der dritte Punkt, dazu gehört, dass Schröder erklärt hat: „Wir haben eine strategische Partnerschaft mit Russland.“ Interessanterweise, Gott sei Dank, das ist übrigens fast eine *conditio-sine-qua-non* der Koalition, ist exakt diese Formulierung in der ersten Regierungserklärung von Angela Merkel drin. Warum? Also einmal gibt es einen NATO-Russland-Rat. Der ist schon entwickelt und gepflegt worden unter der amerikanischen Außenministerin Allbright, weil es interessant ist, dass auch die Amerikaner akzeptiert haben, dass es keine stabile Sicherheit oder sichere Stabilität in Europa ohne die Beteiligung Russlands gibt. Das wird auch so bleiben. Und zwar aus geographischen Gründen wie aus

Gründen der Masse. Nun ist ja sofort zuzugeben, dass es in Russland keine Demokratie gibt. Kann es auch gar nicht geben. Wo soll die denn herkommen? Der amerikanische Präsident Bush, der ältere, hat am Ende des Ost-West-Konflikts erklärt: „Russland muss sich nach seiner Tradition entwickeln.“ Das stimmt. Demokratie gehört nicht dazu. Denn da war mal so ein kleiner Ministerpräsident für kurze Zeit, vor dem Ersten Weltkrieg, und dann war Kerenski, und das war ja auch keine strahlende demokratische Lichtgestalt, und ansonsten sind die Russen von den schwarzen zu den roten Zaren gewechselt. Ich habe ja Schröder so gelobt. Ich kann ihn aber nicht unterstützen in seiner Erklärung, dass Putin ein Musterdemokrat oder etwas Ähnliches ist, das kann der gar nicht werden. Ich glaube, dass noch nicht einmal seine Kinder es werden. Wenn wir Glück haben, werden es seine Enkel werden. Aber dann nicht in einer Demokratie nach unserer Vorstellung, nach unserer Façon. Das wird eine Demokratie à la Russe. Es gibt ja sehr unterschiedliche Demokratien. Und das Wichtige ist auch nicht Demokratie. Das Wichtige ist ein Rechtsstaat. Mit einem Rechtsstaat sind wir auf dem besten Wege. Das war doch keine Demokratie im Apartheid-System in Südafrika, aber ein Rechtsstaat. Sonst hätte Mandela nicht überlebt. Preußen und das Deutsche Reich waren doch keine Demokratie, aber es war ein Rechtsstaat. Und wenn Russland so weit wäre, verlässlich ein Rechtsstaat zu sein, auch wenn es keine Demokratie ist, dann ist es mir noch lieber, als die Sowjetunion, die weder ein Rechtsstaat noch eine Demokratie war, aber die für die Sicherheit in Europa und für die Helsinki unentbehrlich war. Jetzt wird also die Kanzlerin sehen, wie sie dieses Europa zusammen bekommt im nächsten halben Jahr. Da kann ich nur sagen, sie wird nichts zusammen kriegen. Nicht, weil sie unwillig wäre, nicht weil sie unfähig wäre, sondern im nächsten Halbjahr wird der Präsident in Frankreich neu gewählt. Solange das nicht geschehen ist, wird Frankreich nicht außenpolitisch handlungsfähig

in dieser Dimension sein. Wir werden einen neuen Premierminister in London bekommen, anstelle von Blair höchst wahrscheinlich Brown. Blair ist Europa geneigter als der wahrscheinliche Nachfolger. Dann wird die Kanzlerin natürlich noch in der Regierung sein, wenn Putin 2008 abtritt – und Bush 2008 ausläuft. Das heißt, wir sind in einem Übergangsstadium, in der Grundentscheidungen der globalen Handlungsfähigkeit, der Selbstbestimmung Europas nicht geschehen können.

Aber sie können vorbereitet werden oder sie können eingeleitet werden. Wenn wir dann noch ein bisschen drauf tun können und uns daran erinnern, was deutsche Traditionen mit Gewaltverzicht auf der einen Seite und dem Wunderwerk von Helsinki, nämlich der OSZE auf der anderen Seite sind. Das ist ja ein Instrument, das nicht benutzt worden ist oder nicht ausgenutzt worden ist, nach dem, was potentiell in ihm steckt. Es bedeutet ja eine Ausrichtung damals der ganzen Sowjetunion, jetzt Russlands und der Nachfolgestaaten am Südrand der Sowjetunion auf europäische Maßstäbe oder Wertvorstellungen. Selbstverständlich sind unsere Verbündeten in der OSZE an der chinesischen Grenze. Es wird unausweichlich sein, dass die EU oder die NATO oder die OSZE sich eine Zentralasien-Politik überlegt. Wir sind verdammt dazu, über den alten bloßen, westeuropäischen sowieso, aber auch gesamteuropäischen Nabel hinaus schauen zu müssen. Da habe ich noch gar nicht die Türkei erwähnt, aber das kriegen wir später. In zehn Jahren ist das reif. Bis dahin nicht. Das ist die Situation. Und die OECD ist eben auch eine Hinterlassenschaft der Entspannungspolitik, die nicht voll genutzt wird, genauso wie der Gewaltverzicht, genauso wie wir uns vielleicht auch wieder besinnen könnten auf die Tradition der deutschen Politik, die in Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ausgedrückt wurde. Wir haben eine Friedensdividende gehabt. Die hat die NVA bezahlt. Die Abrüstung der Deutschen oder Deutschlands,

ursprünglich gedacht balanciert auf den beiden deutschen Staaten, den hat die DDR bezahlt, also die NVA hat sie bezahlt. Wir brauchten praktisch nichts zu bezahlen. Aber jedenfalls sind wir dadurch nicht unsicherer geworden. Wenn man dieses kombiniert, dann sieht man ungefähr, dass die Entspannungspolitik nicht nur den Weg zur Einheit gebahnt hat, sondern auch Elemente enthalten hat und enthält, die für die Gegenwart oder mit dem Blick auf die Zukunft noch interessant sein können.